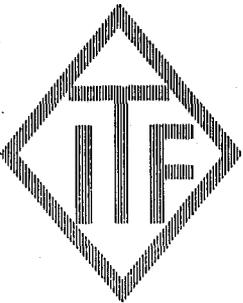




FASCHISMUS

Nummer 5
8. Sept. 1934

Erscheint zweiwöchentlich in deutscher, englischer, französischer, schwedischer und spanischer Sprache. Einzelabonnements können zu Hfl 2,- pro Jahr bei den Vorständen der der ITF angeschlossenen Verbänden oder direkt: Vondelstraat 61, Amsterdam W bestellt werden.



Fettersatz -- Marmelade auf Karten. (ITF) Im Kriege
===== gab es in

Deutschland Lebensmittel nur auf Karten; Frauen und Kinder der Arbeiterschaft verhungerten mit den Kartonnationen, die Reichen kauften sich im Schleichhandel Zusatznahrung. Im Dritten Reich kehren ähnliche Zustände wieder. Die Lebensmittel werden derart verteuert, dass Millionen sie nicht mehr bezahlen können. Die Diktatur sah sich gezwungen. 20 Millionen die Möglichkeit zu geben, auf Lebensmittelkarten verbilligte Nahrungsmittel zu beziehen. Schon 1933 wurden Margarinekarten ausgegeben, die zum Bezug verbilligter Margarine berechtigten. Doch für Margarinestoffe fehlt es an Devisen, jetzt kommt der Margarineersatz -- Marmelade. Volks-Marmelade wird um ganze 8 Pfennige pro Pfund verbilligt und auf besondere Abschnitte der Margarinekarten abgeben.

Die Ankündigung der "Marmeladekarten" hat wie eine Bombe eingeschlagen. Die hungernden Massen fürchten, dass sie im kommenden Winter noch nicht einmal die geringe verbilligte Fettration, die ihnen bisher zustand, erhalten.

Hunger an der Wasserkante. (ITF) "Die Aussichten auf eine baldige
===== Belebung des Aussenhandelsumsatzes sind so gering, dass an eine Aufsaugung der hamburgischen Arbeitslosigkeit auch nach einer Wendung in der Aussenhandelsentwicklung nicht zu denken ist". ("Wirtschaftsdienst"- Hamburg vom 31. August).

"Es stehen heute an der Wasserkante Tausende arbeitsloser Seeleute, die schwererspartes Geld für eine immer teurer werdende Ausbildung verbraucht haben, fast ohne Aussicht, einmal in ihrem Fachberuf eingesetzt zu werden. Zu den jungen Kräften reiht sich eine ebenso grosse Zahl älterer Seefahrer, die nach jahrzehntelanger Tätigkeit aus ihrem Beruf ausgestossen wurden, weil die jungen Leute in dem verständlichen Willen, im Leben weiterzukommen, zu so niedrigen Heuern, sozusagen für ein Taschengeld, anmustern. Solche Heuern können jene nicht annehmen, da ihnen die Versorgung einer Familie obliegt." ("Der deutsche Seemann"- Hamburg, 15. Mai.)

Stücklohn Arbeitseinkommen = steigende Not. (ITF) Eine exakte Erhebung über
 =====
 das Einkommen der deutschen Arbeiter und Angestellten existiert nicht. Laufend veröffentlicht wird nur eine Berechnung des sogenannten "Arbeitseinkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten". In dieser Summe sind alle Beamtengehälter einschliesslich der der Minister enthalten und auch die riesigen Bezüge der Generaldirektoren; es fehlen die Unterstützungen der Erwerbslosen. Diese Erhebung gibt demnach kein Bild der wirklichen Höhe des Einkommens der deutschen Arbeitenden, doch sie lässt Rückschlüsse zu. Das "Arbeitseinkommen" betrug nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung im ersten Halbjahr

1932	1933	1934
12 853	12 892	14 400
Hierzu kommen die Unterstützungen der Erwerbslosen		
1 620	1 225	475
<u>14 473</u>	<u>14 117</u>	<u>14 875</u> Millionen RM.

Die innere Kaufkraft der Mark ist durch die Steigerung der Preise vom 1. Halbjahr 1933 bis zum 1. Halbjahr 1934 um 5% gesunken. Das Arbeitseinkommen betrug im 1. Halbjahr 1934 (in Kaufkraft der Mark von 1933) nur 14 151 Millionen. Die Steigerung des Arbeitseinkommens betrug also selbst nach nationalsozialistischen Angaben nur 14 Millionen RM. Der Hauptanteil dieser Erhöhung des Arbeitseinkommens um 0,10% entfällt auf hohe Beamtenschaft. Seit dem 1. Juli 1933 hat das Reichspropagandaministerium einige Hundert hochbezahlte Beamte neu eingestellt. Die Geheime Staatspolizei wurde vergrößert, das Luftfahrtministerium ausgebaut; für das Studienbüro des Autostrassenbaus und für die Leitung des Arbeitsdienstes wurden zusammen über 1000 hochbezahlte Nationalsozialisten eingestellt. Die Arbeiterschaft hat von dieser Erhöhung nur wenig zu spüren bekommen. Zahllosen Erwerbslosen wurde die Unterstützung entzogen, die bei der Arbeitsbeschaffung Neueingestellten arbeiten zu Löhnen, die nur wenig über der Erwerbslosenunterstützung liegen.

Im 1. Halbjahr 1934 ist der Umsatz von Nahrungs- und Genussmitteln noch weiter zurückgegangen. Die deutsche Arbeiterschaft kann das Lebensnotwendigste nicht mehr kaufen.

(Die Angaben über die Höhe der Unterstützung der Erwerbslosen /Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung und laufende Barunterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen/ für das erste Halbjahr 1932 und 1933 entstammen dem Wochenbericht des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung vom 11. April 1934. Die Angaben über das erste Halbjahr 1934 der führenden deutschen Wirtschaftszeitschrift, dem Deutschen Volkswirt vom 24. August.)

Zuzugssperre für die Hafenstädte. (ITF) Ab 1. September ist über
 =====
 Hamburg, Bremen und ihre Nachbarstädte die Zuzugssperre verhängt worden, die bisher nur für Berlin bestand. Mit der Anordnung der Zuzugssperre wird in den deutschen Hafenstädten eine Arbeitsperre für alle ortsfremden Arbeiter und Angestellten verhängt. Arbeitslose, die in ihrer Verzweiflung dennoch versuchen, in den Hafenstädten Arbeit zu finden, erhalten nur noch einen Bruchteil der Hungerunterstützung der örtlichen Arbeitslosen - sie sollen in ihrem Heimort verhungern. Eine Ausnahme wurde nur für Seelute und Schiffsoffiziere gemacht, die sich vorübergehend um Arbeit bemühen dürfen.

Verstärkter Stempelkartenaustausch. (ITF) Die nationalsozialistische Diktatur hat zu einem neuen Schlage gegen die Arbeiterschaft ausgeholt: alle jungen Arbeiter und Angestellten unter 25 Jahren werden mit Entlassung bedroht. Diese Massnahme ist ein folgerichtiger Schritt auf dem Wege der Diktatur des Hakenkreuzes zur restlosen Versklavung der Arbeitenden. Im Februar 1934 wurde die Freizügigkeit für Erwerbslose aufgehoben: der Zuzug nach "Notstandsgemeinden" wurde ihnen unmöglich gemacht. Im Mai 1934 wurde eine Einstellungssperre für alle landwirtschaftlichen Arbeiter verhängt: die meisten nichtlandwirtschaftlichen Berufe wurden ihnen verschlossen. Jetzt wird der Arbeitsplatz der Jungarbeiterschaft bedroht. Am 28. August wurde angeordnet, dass künftig in jedem Betrieb nur noch ein vom Arbeitsamt festgesetzter Pro-

zentsatz Arbeiter und Angestellte unter 25 Jahren beschäftigt werden dürfen. Neueinstellungen von Jungarbeitern und Jungangestellten dürfen nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes im Rahmen dieses Prozentsatzes vorgenommen werden.

In einer besonderen Erhebung muss die Altersgliederung der Belegschaften festgestellt werden; die "überzähligen" Jugendlichen verlieren ihren Arbeitsplatz, der durch Familienväter eingenommen wird, die zu Jugendlichen-Löhnen arbeiten müssen. Für Hamburg hatte der Treuhänder der Arbeit das bereits bei einer ähnlichen Aktion im April festgelegt. Die Jungen verlieren also ihren Arbeitsplatz, die Älteren müssen zu Löhnen und Gehältern arbeiten, die, je nach dem Alter des Jugendlichen bis zu 50% unter der ihnen zustehenden Entlohnung liegen. In Deutschland leben etwa 10 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren. Die Massnahme zu diesem grossen Stempelkarton-Austausch treffen jedoch nicht alle. Die Kinder von Industriellen und selbständigen Geschäftsleuten werden ausdrücklich ausgenommen, Land- und Forstwirtschaft, Haushaltungen, Schifffahrt und Luftschifffahrt fallen nicht unter diese Anordnung. Verheiratete und Jugendliche, die zur Ernährung von Familienmitgliedern "wesentlich" beizutragen haben, werden ausgenommen, ebenso Lehrlinge bis 1 Jahr nach Beendigung der Lehrzeit, ehemalige Angehörige der Reichswehr, des freiwilligen Arbeitsdienstes, der Landhilfe und bevorzugte Mitglieder der NSDAP.

Es bleiben einige Millionen, vorwiegend ungelernte Arbeiter, deren Arbeitsplatz bedroht ist. Was wird mit ihnen? Das Gesetz sieht vor, dass sie im Arbeitsdienst oder in der Landhilfe für ein Taschengeld arbeiten sollen. Doch die Kassen des Reiches sind leer, der Arbeitsdienst kann höchstens jährlich 80 000 Mann neu aufnehmen und auch die Landhilfe nicht wesentlich mehr. Die gross aufgezogene Aktion verläuft entweder im Sande oder Hunderttausende Jugendlicher stehen vor dem Nichts.

"Schweinehunde". (ITF) Am 24. August hat Dr. Loy die NSBO-Führer Brucker, Oskar Krüger und Haustein, die gegen die Entmachtung der NSBO rebellierten, ihrer Ämter enthoben. Drei Tage darauf hat er bei der feierlichen Einweihung eines von einer Fliesenfabrik in Boitzenburg/Elbe eingerichteten Badezimmers für die Belegschaft diese Massnahme erläutert: "Schweinehunde wird es immer und immer wieder geben; man muss sie fassen, ausmerzen und aus der Gesellschaft herausbringen."

Die drei herausgeworfenen "Schweinehunde" gehörten zum bewährten Führerkreis der Deutschen Arbeitsfront. Haustein zeichnete verantwortlich für den Kalender der Deutschen Arbeitsfront. Oskar Krüger ist seit Jahren als einer der übelsten journalistischen Schmutzfinken bekannt. Er hat in Zeitschriften der gelben Werkvereine und in anderen von Unternehmern ausgehaltenen Organen in widerwärtiger Weise gegen die Gewerkschaften gehetzt, gleichgültig ob es sich um freie oder christliche Gewerkschaften handelte. Auf Grund dieser Leistungen wurde er zum Propagandaleiter der NSBO und zum Redakteur der Arbeiterbeilage der nationalsozialistischen Parteikorrespondenz befördert. Im Mai 1934 veröffentlichte er im Zentralverlag der NSDAP eine Schrift, "Die Befreiung des deutschen Arbeiters", die von bewussten Verleumdungen und fahrlässigen Verdächtigungen der Funktionäre der freien und christlichen Gewerkschaften strotzt. Von dem Erlös dieser Sudelschrift hat auch Adolf Hitler als Eigentümer der Anteilsmehrheit des nationalsozialistischen Zentralverlags seine Prozenze bezogen. Das Machwerk des gelben "Schweinehundes" war, wie eine Vorbemerkung ausdrücklich betonte, "Im Auftrag der obersten Leitung der Politischen Organisation" (der NSDAP) geschrieben worden. Der oberste Leiter der Politischen Organisation war und ist Dr. Loy, der jetzt in bewährter Tapferkeit die Schrift plötzlich als "Privatanglegenheit des Verfassers" bezeichnet und "auf das strengste untersagt", die Schrift "zu verbreiten oder zu empfehlen."

Der dritte "Schweinehund", Ludwig Brucker, trat als Sekretär des Bundes deutscher Krankenkassenbeamten- und Angestellten, "in dem er viele Jahre gegen den Marxismus in der deutschen Sozialversicherung ankämpfte", 1929 zur NSDAP über und wurde dort Leiter aller sozialpolitischen Ämter. Im Frühjahr 1933 wurde er zum Leiter der deutschen Krankenkassen und zum stellvertretenden Vorsitzenden des (inzwischen aufgelösten) Gesamtverbandes der deutschen Arbeiter

ernannt. Auf dem Parteitag der NSDAP 1933 trat er als Redner auf und erklärte: "Es ist unerträglich, dass tüchtige Nationalsozialisten stempeln gehen und Marxisten und Kommunisten in Lohn und Brot stehen." Zwei Wochen, bevor der Parteitag 1934 eröffnet wurde, flog er Knall und Fall aus seinen sämtlichen Pöstchen.

Die Säuberung soll weitergehen. "Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen", teilte Dr. Ley mit, "und ich bin gewillt, rücksichtslos gegen jeden in und ausserhalb der Partei vorzugehen, der es versucht, den mir vom Führer gegebenen Auftrag zu sabotieren."

Es gibt also noch mehr "Schweinehunde" in der Leitung der Deutschen Arbeitsfront.

"Es gibt einen Tierschutzverein"... (ITF) Die vom Völkerbund eingesetzte Regierungskommission des Saargebiets hat bei der Durchsuchung des Hauses der nationalsozialistischen "Deutschen Front" vertrauliche Briefe beschlagnahmt, die ein grelles Licht auf die Lage der deutschen Jungarbeiter im nationalsozialistischen Arbeitsdienst werfen. Die Richtigkeit der Abschrift aller Briefe bescheinigt der Polizeipräsident von Saarbrücken.

Am 30. Mai 1934 schreibt ein Vater an den nationalsozialistischen Arbeitsdienst: "Mein Sohn erkrankte plötzlich auf dem Wege zur Arbeitsstelle. Vorschriftsgemäss meldete er sich bei dem Herrn Truppenführer krank. Trotzdem mein Sohn schon nicht mehr allein gehen konnte, befahl dieser Herr den Weitermarsch zur Arbeitsstelle. Auf zwei Kollegen gestützt, nahm man ihn aus der Mitte des Zuges und liess ihn am Schlusse des Zuges mitmarschieren. Auch jetzt ging es nicht besser. Nun befahl der Truppenführer den Weitermarsch an der Spitze des Zuges, sodass mein Sohn durch Fusstritte seiner Kameraden vorwärtsgeschoben wurde. Auf der Arbeitsstelle, genannt "Wildes Moor", konnte mein Sohn nicht arbeiten. Mit 40° Fieber liess man ihn hier drei Tage liegen; da ihm immer schlechter wurde, bekam man es allmählich mit der Angst zu tun, und mein Sohn musste mit zwei Kollegen, auf die er sich stützte, den Weg von der Arbeitsstelle nach Haus zu Fuss zurücklegen. Hier fand er Aufnahme in dem städtischen Krankenhaus, wo er an Genickstarre schwer darnieder liegt. Statt nun die Eltern hiervon in Kenntnis zu setzen, hat man es verschwiegen. Durch den Todesfall des Herrn X., der dieselbe Krankheit hatte, ist mir von fremden Leuten die Nachricht von meinem Sohn zugegangen... Ich Vater kann mir diese Behandlung nicht gefallen lassen, es gibt einen Tierschutzverein, und wo bleibt der Schutz der Menschen?..."

Der Sohn des Beschwerdeführers ist am 22. Juli 1934 beerdigt worden.

Konzentrationslager für die Enttäuschten. (ITF) Zahllose Jungarbeiter haben in den Lagern des nationalsozialistischen Arbeitsdienstes erfahren, wie die Wirklichkeit der von Hitler so gepriesenen "Volksgemeinschaft des Spatens" aussieht. Sie sind geheilt. Die Nationalsozialisten verfolgen die Enttäuschten mit grenzenloser Wut. Die Briefe, die die Regierungskommission für das Saargebiet bei der nationalsozialistischen Zentrale beschlagnahmte, schildern den Terror, der gegen die Enttäuschten aufgeboten wird. Die Briefe sprechen für sich.

"... Es ist unbedingt erforderlich, den Lagerinsassen bekannt zu geben, dass Berichte über die Vorkommnisse dortselbst nicht nach Hause zu senden sind. Gegebenenfalls muss eine Postzensur im Lager eingerichtet werden..."

Ein Arbeitsdienstler hatte nach seiner Rückkehr ins Saargebiet erzählt, wie es in Wirklichkeit im nationalsozialistischen Arbeitslager aussieht. Die nationalsozialistische Partei im Saargebiet wurde aufgefordert, mit allen Mitteln den Wissenden zum Schweigen zu bringen. Sie berichtet nach Deutschland: "Der Arbeitsdienstwillige X. wurde heute gehört... Er wurde eines Besseren belehrt. Ebenso wurde der Vater des X. in seiner Eigenschaft als Eisenbahnbeamter (!) auf die Drohung seines Sohnes und auf deren Folgen (!) aufmerksam gemacht. Mithin besteht also keine Gefahr, dass etwas an die Öffentlichkeit dringt."

Wenn Drohungen nicht helfen, tritt das Rollkommando in Aktion und verschleppt saarländische Antifaschisten ins Konzentrationslager: "An den Arbeitsgau Nr. 24, Mittelrhein. Betrifft Ihr Schreiben

5.)

vom 8.9.33. Von dem Bericht des ehemaligen Arbeitsdienstwilligen X. aus Fraulautern habe ich Kenntnis genommen, und ich werde das weitere veranlassen. - Vielleicht bekommen wir den Kerl bei Gelegenheit mal rüber, damit wir ihn nach Dachau bringen können."

Es bleibt nicht bei Drohungen. Der Arbeitsdienst Berlin-Brandenburg teilt mit: "Der Arbeitsdienstwillige X. der Stammabteilung Schwedt an der Oder, der im Saargebiet beheimatet ist, wurde am 11. November in Polizeigewahrsam übergeben und nach dem Konzentrationslager geschafft... Da sich nun der Verdacht verdichtet, dass er mit übelbeleumundeten ehemaligen Kommunisten in Verbindung steht, musste zu dem Mittel des Konzentrationslagers gegriffen werden, um zu verhindern, dass X. sich nach dem Saargebiet begibt und dort sich gegen die Interessen des deutschen Arbeitsdienstes in irgend einer Form betätigt..."

Die saarländischen Jungarbeiter versuchen, der Sklaverei der Arbeitslager so schnell wie möglich zu entfliehen. Am 6. Juli 1934 wurde nach Saarbrücken ein Beschwerdebrief gesandt:

"An den Saararbeitsdienst.... Nach einem Schreiben der Reichsleitung sollte durch moralische Beeinflussung versucht werden, die Saardeutschen bis zur Abstimmung im Arbeitsdienst zu halten. Dieses ist durch die Gruppe 186 erfolgt. Als sich herausstellte, dass jede Beeinflussung zwecklos erschien, wurde die Entlassung der 22 Saardeutschen auf dem Dienstwege beantragt. Dieses wurde den Saardeutschen klargemacht, die jedoch durch nichts zu halten waren."

Für die reichsdeutschen Jungarbeiter gibt es keine Möglichkeit der Flucht. Nur der Sturz der faschistischen Diktatur befreit sie von der Sklaverei der Zwangsarbeit.

Wieder freie Gewerkschaften in Danzig. (ITF) Nach der Zerschlagung der deutschen freien Gewerkschaften hatten die Danziger Nationalsozialisten das Vermögen der den reichsdeutschen freigewerkschaftlichen Verbänden angeschlossenen Danziger freien Gewerkschaften gestohlen. Sie hatten gehofft, dass mit dem Raub des Danziger Gewerkschaftshauses und den Groschen der Danziger Arbeiter die freie Gewerkschaftsbewegung erledigt sei. Doch die freigewerkschaftlichen Arbeiter Danzigs schlossen sich neu im "Allgemeinen Arbeiterverband" zusammen. Am 2. November 1933 verbot der nationalsozialistische Danziger Polizeipräsident den "Arbeiterverband" mit der Begründung, dass eine Klassenkampforganisation allein durch ihre Existenz den Berufständischen Aufbau störe. Das Organ der freien Gewerkschaften, "Der Gewerkschaftskampf", wurde verboten. Das Verwaltungsgericht, an das sich die Danziger freien Gewerkschafter beschwerdeführend wandten, gab dem Polizeipräsidenten recht. Der Vorsitzende des Arbeiterverbandes wurde in Schutzhaft genommen.

In Danzig besteht noch immer die vom Völkerbund garantierte Verfassung, die Koalitionsfreiheit zusichert. Die nationalsozialistische Regierung pflegt Verfassungsbestimmungen nach Möglichkeit zu umgehen, doch als jetzt, nach dem kläglichen Ende des ständischen Aufbaus, die Klage der freien Gewerkschaften vor dem Danziger Oberverwaltungsgericht verhandelt wurde, musste entschieden werden, dass der Polizeipräsident rechtswidrig gehandelt habe. Mit dem 20. August 1934 konnte der freigewerkschaftliche "Allgemeine Arbeiterverband" seine Tätigkeit wieder legal aufnehmen.

Wo bleibt das Geld der Austrofaschisten? (ITF) Die österreichische Einheitsgewerkschaft veröffentlichte soeben eine Übersicht über die Finanzen im 1. Vierteljahr ihres Bestehens. Von 132 869 Mitgliedern zahlten nur 101 694 Beiträge. Die gesamten Einnahmen betragen 373. 200 Schilling, die Ausgaben mehr als das Doppelte! Von den 747 500 Schilling Ausgaben wurden nur 4350 Schilling (1/2%) für Unterstützungen und nur 2150 Schilling (1/4%) für Rechtsschutz verwandt. 99 1/4% der Einnahmen gingen für Gehälter, Presse und Propaganda drauf. 1932 gaben die österreichischen freien Gewerkschaften allein zur Unterstützung ihrer Mitglieder 8 250 000 Schilling, 41% ihrer Einnahmen, aus. Der faschistischen Einheitsgewerkschaft sind 73 512 Arbeitslose beigetroten, um ihren Anspruch auf Unterstützung nicht zu verlieren. Die Faschisten haben diese Unterstützungen aus dem gestohlenen Vermögen der freien Gewerkschaften bezahlt. Ist die gestohlene Kasse leer, können die aus Eigenem nicht einmal mehr Unterstützungen zahlen.

6.)

Die Gelben. (ITF) Die von der österreichischen Diktatur gegründete gelbe faschistische Einheitsgewerkschaft lässt die Beiträge in zahlreichen Betrieben durch den Unternehmer vom Lohn und Gehalt abziehen. Auch die Internationale Schlafwagen-Gesellschaft hat sich bereit erklärt, die Mitgliedsbeiträge für die gelbe Organisation direkt vom Gehalt abzuziehen.

9 Pfennig Stundenlohn. (ITF) Das faschistische Italien kann einen Rekord verbuchen: in der italienischen Textilindustrie erhält ein Teil der Arbeiterinnen für 8-stündige Arbeitszeit 3,50 Lire, das sind 75 Pfennige pro Tag, 9 1/3 Pfennig pro Stunde. Die "Libera Stampa" (Lugano) veröffentlicht den Tarifvertrag, der am 25. April 1934 zwischen dem italienischen Industriellenverband und der gelben faschistischen "Gewerkschaft" für Textilindustrie abgeschlossen wurde. In diesem Tarifvertrag wird eine Lohnkürzung festgelegt, aber betont, dass den Frauen die für 8-stündige Arbeitszeit nur 3,50 Lire erhalten, keine weitere Kürzung zugemutet werden dürfe. Das Dokument bestätigt damit den unerhörten Tiefstand der Löhne nach 12 Jahren faschistischer Diktatur.

Wie viele Arbeitslose in Italien? (ITF) Die italienische Propaganda versichert, dass die faschistische Wirtschaftspolitik die Existenz der italienischen Arbeiter sichert und die Arbeitslosigkeit beseitigt. Sie versichert es, trotzdem die Höchstzahl der amtlich registrierten Arbeitslosen vom Winter 1922, in dem Mussolini die Regierung antrat, bis zum Winter 1934 von 606 000 auf 1 158 000 gestiegen ist. Jetzt veröffentlicht Prof. Caetano Salvemini in der New Yorker Zeitschrift "Social Research" (August 1934) die schlüssigen Beweise dafür, dass selbst diese Zahl noch zu niedrig ist.

1919 setzten die freien Gewerkschaften die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung in Italien durch, die am 1. Januar 1920 in Kraft trat. Doch die Zahl der Arbeitslosen Italiens ist auch zwischen 1920 und 1922 nicht zuverlässig festgestellt worden. Den monatlichen Berichten der Landesanstalt für Sozialversicherung lagen örtliche Schätzungen zugrunde, die meist zu hoch gegriffen waren. Die berichtenden örtlichen Behörden hofften, dass durch diese Meldung die Regierung veranlasst würde, in ihrem Bezirk staatliche Arbeitsbeschaffungsmassnahmen durchführen zu lassen. Bis 1922 gab es in Italien in Wirklichkeit weniger Arbeitslose als die Behörden zugaben.

Das änderte sich, als Mussolini ans Ruder kam, jetzt wurden zu niedrige Schätzungen nach Rom geleitet. Die Diktatur hatte die Parole ausgegeben, es werde täglich besser, und wenigstens auf dem Papier musste es besser werden. Die Arbeitslosenziffern sanken infolgedessen auf dem Papier.

Gleichzeitig ging aber die Zahl der sich als arbeitslos meldenden Erwerbslosen rapide zurück: ganze Kategorien von Arbeitern und Angestellten wurden ab 30. Dezember 1923 aus der Arbeitslosenversicherung herausgeworfen; alle Landarbeiter (mit Ausnahme der wenigen an Maschinen beschäftigten), Heimarbeiter, Hausangestellten, Angestellte (soweit sie sich in Dauerstellung befinden), Arbeiter und Angestellte der öffentlichen Betrieb, Künstler, Gelegenheitsarbeiter und Saisonarbeiter, die weniger als 6 Monate jährlich arbeiten. Die Millionen, denen die Unterstützung entzogen wurde, verzichteten darauf als arbeitslos zu melden. Aber auch viele Unterstützungsberechtigte melden sich nicht erwerbslos. Die Unterstützung ist so lächerlich niedrig und ihr Bezug mit so kostspieligen Schikanen verknüpft, dass "viele Arbeitslose lieber auf die Unterstützung verzichten, für die sie jahrelang Beiträge gezahlt haben." ("Lavoro Fascista", 30.X.1931). Mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise genügten diese Frisuren der Statistik nicht mehr; denn trotz neuer Massnahmen zur Ausschaltung verschiedener Arbeitergruppen aus der Statistik (z.B. ehemalige Landarbeiter in den Städten, Landarbeiterinnen, in Städte ziehende Arbeitslose) liess sich das Ansteigen der Arbeitslosigkeit nicht vertuschen. Deswegen griff man zu offenen Fälschungen, von denen Prof. Salvemini eine Anzahl eindeutig nachweist.

Im Juli 1932 wurde schliesslich die Erwerbslosenstatistik "umgestellt"; nach welchen Gesichtspunkten, das wurde sorgfältig geheim gehalten. Eine Kontrolle der Angaben ist deshalb überhaupt nicht möglich. Italien hat nur soviel Erwerbslose, wie Mussolini der Statistik befiehlt.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS

Der Leiter der deutschen "Berufsgemeinschaft seemännischer Angestellten" hinausgeworfen! Ein SA-Führer als Nachfolger. -- Tarife werden nicht beachtet. (ITF)

Der Leiter der Zwangsorganisation der deutschen Schiffsoffiziere, Freyer, wurde auf Wunsch der Reeder Knall und Fall seines Postens enthoben.

Freyer hatte als Leiter einer Standesvereinigung von Schiffsoffizieren, die sich scharf gegen die Gewerkschaften abgrenzte, in der kapitalistischen Republik erlobt, wie die deutschen Reeder die Seeleute ausbeuten. Er hatte ehrlich geglaubt, dass der Nationalsozialismus die soziale Lage der Bordmannschaften und Schiffsoffiziere bessern würde. Nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften wurde er als "alter Nationalsozialist" mit der Leitung der neugebildeten Zwangsorganisation der deutschen Schiffsoffiziere beauftragt.

Sein Erwachen war schmerzlich: er musste feststellen, dass nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften die deutschen Seeleute schutzlos der Willkür der Reeder ausgeliefert sind. Auf dem Papier blieben zwar die Tarife die gleichen, doch sie werden nicht mehr eingehalten. "Wir glaubten und hofften", liess Freyer in der von ihm herausgegebenen "Seefahrt" schreiben, "dass die politische Umstellung unserer Arbeitgeber auch ein neues Denken automatisch nach sich ziehen müsste, doch... immer noch werden ausgehende Schiffe durch Personal einkommender Schiffe gleichen Termins besetzt, weil zu wenig Männer eingestellt werden. Immer noch fehlt es zu oft an der Zeit zum Landgang oder dem Besuch der Familie. Immer noch erreichen uns Klagen über ungenügende Besetzung der Schiffe an Deck und in der Maschine. Immer noch wird der tarifliche Urlaub nicht oder ungenügend oder widerwillig gewährt.

"Wir waren grosszügig (!) genug, all das Unrecht, das unsern Mitgliedern im Laufe der Zeit angetan wurde, nicht in aller Öffentlichkeit aufzudecken", doch jetzt "sind wir bei der Frage des seeligen Cicero angelangt: Wie lange noch?"

Freyer bombardierte den Sonder-Treuhänder für die Seeschifffahrt und die Reeder mit Briefen -- der Treuhänder antwortete nicht, die Reeder warfen die Briefe in den Papierkorb. Freyer prangerte die tarifbrüchigen Reeder in der "Seefahrt" an, die Reeder liessen ihm das durch die nationalsozialistischen Gerichte verbieten. Da riss ihm die Geduld; er veröffentlichte in der "Seefahrt" einen Brief, den er den Reedern am 28. März 1934 geschrieben hatte: "In unserm damaligen Schreiben wurde ausdrücklich betont, dass es sich nicht um einzelne Beschwerden handelt... Auch heute noch werden die diesbezüglichen tariflichen Bestimmungen längst noch nicht überall innegehalten... Der Verband deutscher Reeder ist auf unser damaliges Schreiben überhaupt nicht eingegangen... Wir erinnern an unser Schreiben vom 11. Dezember vorigen Jahres... Weder eine Beantwortung unseres Schreibens noch die Unterbindung dieser fortgesetzten Tarifverletzungen ist erfolgt... Wir erinnern an unsere Schreiben vom 18. September 1933 und 24. November 1933 betreffend Ueberstundenzahlung aus russischen Charterverträgen, auf die wir ohne Antwort geblieben sind."

"Wir müssen feststellen", erklärt die "Seefahrt": "Die Lage der seemännischen Angestellten ist zum grossen Teil immer noch unerträglich, ihre Stimmung verbittert."

Die Flucht in die Öffentlichkeit war den Reedern zu viel. Freyer war, als der Artikel erschien, gerade 14 Tage Mitglied des Führerbeirates der Spitzenvertretung der deutschen Seeschifffahrt. Er wurde sofort aus dem Führerbeirat hinausgeworfen und auf Befehl der Reeder von der Leitung der Arbeitsfront in Zwangsurlaub geschickt, aus dem er nicht mehr ins Amt zurückkehrte. An seiner Stelle wurde der gefügige SA-Führer eines Hamburger Marine-Sturmbanns mit der Leitung der Berufsgemeinschaft seemännischer Angestellter beauftragt. Der Traum des Pg. Freyer ist ausgeträumt: unter faschistischer Diktatur herrscht der Unternnehmer, sind die Arbeitenden rechtlos, sind Schiffsmannschaften und Schiffsoffiziere wehrlos der Willkür der Pg. Reeder ausgeliefert.